Nr. 253. 13. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3248) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Hermann Molkenbuhr in Hamburg.

Sonnabend, den 28. Oktober 1899.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Der gefährliche Verstand.

Die Gewässer bürgerlicher Kannegießerei über den Parteitag zu Hannover haben sich noch immer nicht ganz verlaufen. Während sie sich Mühe geben, die Bedeutung der Verhandlungen möglichst niedrig einzuschätzen, strafen sie durch ihre breitspurigen Glossirungen derselben sich selber Lügen und beweisen, wie schwer ihnen dieselben im Magen liegen. Diese Glossen selbst allerdings sind herzlich bedeutungslos und nach der üblichen Schablone gearbeitet; die Linke beweist, daß sich die Sozialdemokratie gemausert hat, die Rechte, daß sie sich nicht gemausert hat, und die Beweiskraft — will sagen Beweiskraftlosigkeit — der einen Seite giebt der der anderen nichts nach. Herzlich wenig an Gehalt und Geist, das sich der Mühe lohnte, darauf einzugehen. Nur ab und zu ein einsames Gänseblümchen auf weiter Oede.

Nicht ohne Interesse dagegen lasen wir einen Leiter des „Berliner Tageblatt“, worin der Regierung nahe gelegt wurde, den Genossen Bernstein zu amnestiren, um ihm die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, wovon sich das Organ des Berliner Freisinns Großes verspricht. Wäre Bernstein in Hannover zugegen gewesen, meint es, so wäre die marxistische Richtung gründlichst in die Pfanne gehauen worden. In dem Wunsche selbst sind wir mit dem Blatt einig, und nicht allein im Interesse des Exilirten selbst. Wir sind überzeugt, wenn sich Bernstein das freisinnige Bürgerthum statt aus seiner Londoner Vogelperspektive in der Nähe besehen könnte, würde er den letzten Rest seines Optimismus über dasselbe bald verlieren.

Recht interessant war uns auch ein Geständniß, das sich die „Kölnische Zeitung“ entschlüpfen ließ: „Die Sozialdemokratie wird um so schwieriger zu bekämpfen, je verständiger sie auftritt“, seufzt sie. Der Satz ist kostbar und läßt uns in die Eingeweide dieser großkapitalistischen Umsturzbekämpfer blicken. Sie fürchten den Verstand, d. h. die Wahrheit, das Licht, die objektive Beleuchtung der Zustände. Sie fürchten das Licht über ihre Interessensphäre nicht weniger als die Ultramontanen, gegen deren Lichtfeindlichkeit die liberale Presse so gern vom Leder zieht. „Nacht muß es sein, wo Friedlands Sterne strahlen“; wie alle „dunklen Ehrenmänner“, kann auch die Klassenausbeuterei nur im Dunkel ungestört ihr Wesen treiben.

Der gefährliche Verstand! Wegen ihrer Verständigkeit ist die Sozialdemokratie gefährlich. Nicht weil sie den Umsturz im Polizeisinn anstrebt, sondern weil sie ihn nicht anstrebt. Nicht weil sie dem kapitalistischen Staat mit herostratischen Zerstörungs-Gelüsten gegenübersteht, bereit, den Feuerbrand auf ihn zu schleudern, sondern weil sie in ihm eine historische Phase erblickt, welche zu überwinden, fortzuentwickeln, über welche zum Sozialismus emporzuschreiten, die Aufgabe der Gegenwart ist. Weil diese Auffassung, die auf dem Parteitage von keiner Seite Widerspruch erfuhr, so folgerichtig Hand in Hand geht mit dem Kampf der klassenbewußten Arbeiterschaft um Erweiterung ihrer politischen Rechte und Besserung ihrer sozialen Lage, um Einschränkung der Unternehmer-Autokratie und größeren Antheil der Arbeiter an dem von ihnen selbst geschaffenen Mehrwerth — darum ist sie weit gefährlicher als die Kraftäußerungen radikaler Ideologen über den Staat und die kapitalistische Gesellschaft, worüber man sich bei den Staatserhaltenden nicht aufregt, die man mit prickelndem Behagen liest, über die man schmunzelnd zur Tagesordnung übergeht.

Welchen Spektakel über umstürzlerische Staatsfeindlichkeit würden sie machen, wenn sozialdemokratischerseits über den Staat geschrieben würde, was z. B. der Modephilosoph Nietzsche über ihn schreibt im „Zarathustra“ unter dem Stichwort: „Vom neuen Götzen.“ Da lesen wir u. A.: „Staat ist das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: „Ich, der Staat, bin das Volk.“ — „Der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; was er auch redet, er lügt — und was er auch that, gestohlen hat er's. Falsch ist Alles an ihm.“ — „Auf der Erde ist nichts Größeres als ich; der ordnende Finger bin ich Gottes — also brüllt das Unthier. Und nicht nur Langgeohrte und Kurzgeäugte sinken auf die Kniee!“ — „Staat nenne ich's, wo alle Gifttrinker sind, Gute und Schlimme.“ — Als listige Klüglinge schildert er die modernen Staatsmänner, die theils mit dem Schwert (der Themis, der Justiz), theils mit dem Lockmittel materieller Vortheile und Auszeichnungen ihre egoistischen Zwecke verfolgen. Der Wohlstand, dessen Wachsthum der Staat befördert, macht nicht reich im guten Sinne. „Reichthümer erwerben sie und werden ärmer damit. Macht wollen sie und zuerst das Brecheisen der Macht, viel Geld, diese Unvermögenden.“ Von den Strebern und Byzantinern heißt es: „Seht, sie klettern, diese geschwinden Affen! Sie klettern über einander hinweg und zerren sich also in den Schlamm und in die Tiefe. Hin zum Throne wollen sie Alle: ihr Wahnsinn ist es — als ob das Glück auf dem Throne säße! Oft sitzt der Schlamm auf dem Thron — und oft auch der Thron auf dem Schlamm.“ — „Uebel riecht mir ihr Götze, das kalte Unthier.“ — „Geht doch dem schlechten Geruch aus dem Wege! Geht fort von dem Dampfe dieser Menschenopfer!“ räth er seinen Jüngern à la Rousseau: „Leer sind noch viele Sitze für Einsame. Frei steht noch großen Seelen ein freies Leben. Wahrlich, wer wenig besitzt, wird um so weniger besessen. Dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch.“

Diese Karakteristik des Staates, des Klassenstaates, ist vollkommen zutreffend. Eine saftige Lüge ist es, wenn er sich als Volksstaat, als allgemeiner Wohlfahrtsstaat aufspielt und vorspiegelt: „Ich, der Staat, bin das Volk.“ Er ist entstanden und besteht noch als Staat der ökonomisch mächtigen Klasse, auf deren Interessen und Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen die Gesetzgebung zugeschnitten, die Verwaltung abgerichtet ist.

Aber nicht ihm den Rücken zukehren, ist unsere Aufgabe, sondern ihn, die politische Macht, zu erobern und ihn umzubilden zur klassenlosen Gesellschaft. „Dort, wo der Staat aufhört — so seht mir doch hin, meine Brüder! Seht ihr ihn nicht, den Regenbogen und die Brücken des Uebermenschen?“ schließt Zarathustra sein Kapitel über den neuen Götzen Staat. Wir setzen aber an Stelle des letzten Wortes: Sozialismus.

Der Krieg in Südafrika.

Nur sehr langsam treffen einigermaßen übersichtliche Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Natal ein. Ueber die letzten Vorkommnisse berichten „Central News“: Nach der Rückkehr der Truppen auf das Schlachtfeld bei Glencoe am letzten Freitag fand sich, daß es dem Feinde gelungen war, seine Artillerie abzufahren, ehe die britischen Truppen die Höhe erstürmten. Sie fanden dort nur einen Theil der feindlichen Schützen; der Rest war in vollem Rückzuge. Die Hauptmacht der Boeren hatte mittlerweile eine Umgehung gemacht, bedrohte Dundee und brachte dadurch General Yule, der nicht zugleich Glencoe und Dundee decken konnte, in eine schwierige Lage. Man berichtete nach Ladysmith. Yule gab am Sonnabend Weisung, Dundee zu räumen. Die Mehrzahl der Bewohner zog am Sonnabend noch nach Süden ab. Am Sonntag Morgen 4½ Uhr eröffneten die Boeren auf weite Entfernung eine Kanonade gegen Dundee, anscheinend die Entfernungen festzustellen, hauptsächlich vom Impati-Berg, nahezu 5 km nördlich. Sie stellten jedoch nach einiger Zeit das Feuer ein. General Yule hatte das Lager geräumt und war am Sonntag in Glencoe konzentrirt, mit Ausnahme der seit der Verfolgung am Freitag vermißten Husaren. Am Montag hieß es, Glencoe solle nicht gehalten, sondern nach Befehl aus Ladysmith der Rückzug dahin angetreten werden, der auch in aller Ruhe, vom Feinde unbemerkt, durchgeführt wurde. Eine Depesche des Generals White aus Ladysmith vom 26. Oktober, Mittags, besagt: Die Kolonne des Generals Yule ist nach einem sehr schwierigen Marsch in strömendem Regen hier heute angekommen. Die Truppen sind, wenn auch sehr ermüdet, doch in ausgezeichneter Verfassung und bedürfen nur der Ruhe. Sie wurden vom Feinde nicht belästigt. — Die Boeren zerstören alle Eisenbahnverbindungen in der Umgegend von Ladysmith. Es ist bedauerlich, daß wir keine Maßregeln getroffen haben, dies verhindern zu können, sagt eine gleichzeitige Depesche der „Times“.

In Ermangelung irgendwelcher auch nur scheinbar den Engländern günstigen Nachrichten klammern sich die englischen Kriegskorrespondenten noch immer an das Vorpostengefecht bei Elandslaagte fest, das unter allen Umständen zu einem gewaltigen Siege umgelogen werden soll. Von diesem Gesichtspunkt aus ist folgende Depesche zu betrachten: Wie die „Times“ aus Elandslaagte vom 22. d. M. melden, ist es noch unmöglich, die Verluste der Boeren zu schätzen, doch dürften sie sich annähernd auf 250 Todte belaufen. Oberst Schiel sagte in einer Unterredung, nichts habe der Treffsicherheit der englischen Feldgeschosse Stand halten können. Die Transvaal-Artilleristen hätten sich wiederholt von den Verschanzungen zurückziehen müssen.

Erst sollte der gefangene Oberst Schiel „wegen begangener Grausamkeiten“ mindestens gehenkt werden; jetzt wieder muß er als sachverständiger Lobredner der Briten dienen. Und von alledem hat der Freischaarenführer gar keine Ahnung.

Eines steht fest: Die Boeren haben eine Anzahl von englischen Mannschaften und Offizieren zu Gefangenen gemacht. Ueber ihr Eintreffen in der Hauptstadt Transvaals wird gemeldet: Sämmtliche Gefangenen füllten zehn überdeckte Güterwagen. Die Offiziere hatten Wagen erster Klasse, während zwei verwundeten Offizieren besondere Wagen eingeräumt waren. Eine große Volksmenge erwartete sie am Bahnhofe. Während die Gefangenen ausstiegen, herrschte Todtenstille, und größte Ordnung herrschte, als dieselben durch die Straßen marschirten. Die Verwundeten wurden in das Hospital gebracht, die Offiziere und Mannschaften von berittenen Bürgern zur Rennbahn eskortirt. Sie sind dort an derselben Stelle einquartiert, wo Jamesons Leute gefangen gehalten wurden. Die Offiziere bekommen gegen Ehrenwort die Erlaubniß, sich innerhalb des eingefriedigten Raumes frei zu bewegen. Die Soldaten thun, als ob sie gleichgültig wären, und vertreiben sich die Zeit mit Rauchen.

Im englischen Unterhause gab Chamberlain am 26. Oktober einige Mittheilungen über Swasiland (ein unter dem Protektorat Transvaals stehendes Eingeborenengebiet). Der britische Konsul des Swasilandes habe am 14. Oktober seinen Posten verlassen; er hatte die Anweisung gehabt, vorher noch dem Oberhäuptling anzurathen, seine Leute ruhig zu halten und sich nicht in den Krieg zu mischen, der nur die Weißen angehe. Es verlaute, daß auch die Regierung von Transvaal ihre Beamten aus Swasiland zurückgezogen habe. Was die zweite Frage Bartletts betreffe, so sei er zur Zeit nicht in der Lage, sich darüber zu äußern. — Unterstaatssekretär des Krieges Wyndham giebt sodann die Erklärung ab, daß im Kriege keine Hohlspitzengeschosse Verwendung fänden. — Im weiteren Fortgange der Debatte bemerkt Balfour, der Schiedsspruch in der Delagoafrage sei noch nicht gefällt, werde aber in kurzer Zeit erwartet. — Wyndham erklärt hierauf, die Meldung von Symons Tode sei dem General White von Joubert zugegangen; diese Thatsache sei eine Bestätigung der Annahme, daß General Yule die Verwundeten in Dundee zurücklassen mußte. In Mafeking sei am 21. Oktober Alles in bester Ordnung gewesen. Was die Meldung anlange, daß Infanterieoffiziere in Feindeshand gefallen seien, so sei ihm nichts davon bekannt. Es werde angenommen, daß sie zur berittenen Infanterie gehörten. In Natal seien reiche Vorräthe von Medikamenten für die ganze britische Truppenmacht vorhanden; wenn aber die Engländer möglicherweise noch für große Massen verwundeter Boeren zu sorgen hätten, dann könnten die Vorräthe zu sehr in Anspruch genommen werden. Für diesen Fall seien Vorkehrungen zu treffen, und dies geschehe bereits, so weit es möglich sei. Am 23. Oktober seien drei Aerzte der Boeren mit einem Assistenten nach Ladysmith gekommen, und die verwundeten Boeren seien der holländischen Kirche zu ihrer Pflege überwiesen worden. Die Aerzte hätten für die zur Bequemlichkeit und Pflege der Verwundeten getroffenen Einrichtungen, die vorzufinden sie nicht erwartet hätten, ihren Dank und ihre Befriedigung geäußert.

Nach einer hier veröffentlichten Erklärung des Dr. Leyds, des Vertreters der Transvaalrepublik, zur Zeit in Brüssel, thue die Aeußerung Wyndhams im Londoner Unterhause dahingehend, daß Transvaal der Genfer Konvention zugestimmt habe, dar, daß England Transvaal als kriegführende Macht anerkenne.

In Durban, dem Hafenort Natals, wurde die Zweigstelle der Transvaaler Nationalbank von Mannschaften des Kriegsschiffes „Tartar“ mit Beschlag belegt. Ueber ganz Natal ist das Standrecht verhängt worden.

Vom westlichen Kriegsschauplatz liegt eine vom 24. d. datirte Reuterdepesche aus Kimberley vor: Eine britische Truppenabtheilung von 270 Mann verließ heute früh die Stadt. Als sie eine kurze Strecke zurückgelegt hatte, stieß sie auf Boerentruppen, womit sie in ein Gefecht gerieth. Später erhielt sie Unterstützung von 220 Mann mit zwei Kanonen und zwei Maximgeschützen. Eine britische Kanone eröffnete plötzlich das Feuer gegen den Feind, der sich in ungünstiger Stellung befand. Die Boerenartillerie erwiderte das Feuer in heftiger Weise. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Engländer verloren drei Todte und 21 Verwundete. Auf Seiten der Boeren wurden viele Leute getödtet, darunter Kommandant Botha.

Sehr bezeichnender Weise schweigt sich die Depesche über den Ausfall des Kampfes aus. Das läßt gewiß nicht auf einen Sieg der Engländer schließen!

Von der Weltbühne.

Zur Zuchthausvorlage. Der nationalliberale „Hannoversche Courrier“ zieht aus den Verhandlungen der baierischen Kammer über die Stellung der baierischen Regierung zur Zuchthausvorlage den Schluß, daß dieselben „nach verschiedenen Richtungen hin eine Klärung gebracht haben“ und zwar rücksichtlich der Nothwendigkeit, den „Arbeitswilligen“ größeren Schutz zu gewähren. Es sei „von liberaler Seite und unter Zustimmung aus dem Zentrumslager betont worden, daß bei Ausständen seitens der Sozialdemokratie ein unerträglicher Koalitionszwang ausgeübt wird, der die von ihr mit so viel Emphase vertheidigte Koalitionsfreiheit einfach aufhebt, und daß die Hauptschwäche der Vorlage in den eigenen Umständen ihrer Einbringung liege.“

Diese Darstellung ist eine durchaus willkürliche. Allerdings ist von einigen Rednern in der baierischen Kammer das bekannte Thema vom sozialdemokratischen Terrorismus angeschnitten worden. Aber keiner der Redner hat daraus auf die Nothwendigkeit eines größeren „Schutzes der Arbeitswilligen“ im Sinne der Zuchthausvorlage geschlossen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ behaupten kühnlich, die „gesammte deutsche Industrie“ habe sich für den besseren Schutz der Arbeitswilligen ausgesprochen. Das entspricht durchaus nicht der Wahrheit. Zutreffend erklärt die ultramontane „Köln. Volks-Zeitung“: „Wenn vom „Bunde der Industriellen“, der 4000 Mitglieder umfaßt, wie schon erwähnt, nur 140 es für nöthig halten, auf eine Anfrage über ihre Stellung zur Zuchthausvorlage überhaupt zu antworten, so kann man die Berufung auf „die gesammte deutsche Industrie“ nur als Flunkerei bezeichnen.“

Einstimmigkeit in Verurtheilung und Abweisung der Zuchthausvorlage ist, so wird der „Frankf. Ztg.“ aus München geschrieben, das Ergebniß der dieselbe betreffende Debatte in der baierischen Kammer. „In dieser Einstimmigkeit“ — heißt es weiter — „ist das Hauptmoment die Haltung der Liberalen, die durch ihren Sprecher Dr. Casselmann die Vorlage in einer Weise ablehnen ließen, daß sie auch durch ein Hinterthürchen ohne Verleugnung des heutigen Standpunktes nicht wieder hereingebracht werden kann. Dr. Casselmann nahm dabei für Bassermann Partei, den man in seiner Parteistellung nicht verdrängt sehen wolle. Die Einstimmigkeit der Stellung der Abgeordnetenkammer zu der Vorlage schließt natürlich nicht in sich, daß die Abgeordneten auch in allen einschlägigen Fragen und Gesichtspunkten einig sind. Aber deshalb ist es um so bemerkenswerther, daß doch alle gegen eine Verkümmerung des Koalitionsrechtes und gegen das Essentielle dieser Vorlage Front machen. Und warum? Weil sich entschieden eine andere Anschauung über die Arbeiterfragen in der Abgeordnetenkammer bemerklich macht als früher. Man hatte in dieser Session, obwohl sie erst vier Wochen dauert, doch schon Gelegenheit zu beobachten, daß eine wohlwollendere, vernünftigere Auffassung über die Arbeiter sich bemerklich macht. Es sind von rechts nach links Geneigtheiten sichtbar, die Arbeiterfragen objektiver anzufassen und die Sozialdemokraten mit sich reden zu lassen. Das frühere prinzipielle Niederreden und Niederstimmen der Sozialdemokraten, mögen diese vorbringen, was immer, ist — bisher wenigstens — einer besseren Gebahrung gewichen. Nicht ganz ohne Schuld hieran sind die Sozialdemokraten selbst, deren ernstes und sachliches Auftreten augenscheinlich auf die anderen Parteien wirkt. Die Sozialdemokraten wollen mitarbeiten mit den Anderen und diese zeigen sich bereit, mit den Sozialdemokraten zu arbeiten. Das war bei der Wohnungsfrage so, das war jetzt so bei der Zuchthausvorlage, allerdings erst theoretisch. Aber das kann nicht ohne praktische Folgen bleiben. Daß sich in der Zuchthausvorlage auch klerikale und liberale Abgeordnete bereit zeigten, die sonst ganz andere Wege wandelten, beweist, wie arg man sich mit dem Entwurf gegen die öffentliche Meinung und gegen das wirkliche Bedürfniß vergriffen hat. Wird man das einhellige und so kräftig vorgetragene Votum der baierischen Volksvertretung in Berlin auf die leichte Schulter zu nehmen wagen? Die baierische Regierung trägt sicherlich nicht leicht daran, daß sie für einen hohen Willen den Respektsanschluß suchte.“

Auch die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.“ erklärt, daß die baierische Regierung wie alle anderen Regierungen, die sich für die Zuchthausvorlage erklärt haben, in Widerspruch mit der großen Mehrheit des Volkes stehe.

Eine neue amtliche Denkschrift zur Zuchthausvorlage wünscht die „Köln. Ztg.“. Sie schreibt: „Wir erblicken die Hauptursache der unsympathischen Aufnahme der Regierungsvorlage nicht nur in ihrem Zuchthausparagraphen, sondern in erster Linie in ihrer — offen gesagt — durchaus mangelhaften Vorbereitung. Grade die als „Material“ dem Entwurfe mit auf den Weg gegebene „Denkschrift“ hat es durch ihre eigenartige Abfassung erreicht, daß eine nicht geringe Zahl solcher Sozialpolitiker, die ebenfalls ein lebhaftes Interesse an dem Schutze der Arbeitswilligen haben, Angesichts einer derartigen „wissenschaftlichen“ Begründung von vornherein auf eine vielleicht ersprießliche Mitarbeit verzichteten. Gleichzeitig bot leider die „Denkschrift“ den damals in taktischen Streitigkeiten auf's Aergste verwickelten Sozialdemokraten ein hochwillkommenes Ablenkungsmittel. Ihre Preßmühlen haben selten so lange und so laut geklappert, wie in den Tagen nach Erscheinen der Begründung. — Nun genug des Tadels; es hat eben einmal eine recht unglückliche Hand gewaltet, die vielleicht zu allem Hohen befähigt sein mag, nur nicht zur Abfassung wirklich überzeugender Motive für eine überaus wichtige Vorlage. Dieser Fehler kann jedoch noch vor der Weiterberathung von der sozialpolitischen Abtheilung im Reichsamt des Innern wieder weit gemacht werden durch Vorlegung einer sowohl juristisch wie sozialpolisch gewissenhaft bearbeiteten Denkschrift. Diese würde im Interesse einer gedeihlichen Kommissionsberathung sicherlich von allen Parteien, die mit uns das Zustandekommen eines Schutzgesetzes in der einen oder anderen Form als eine wirthschaftlich nothwendige Maßregel betrachten, dankbar begrüßt werden. Damit wäre auch die bekannte sozialdemokratische Phrase, daß für ein „solches Gesetz beim besten Willen keine bessere Denkschrift hergestellt werden könne“, ad absurdum geführt. Daß die ganze Materie eine besonders schwierige ist, wollen wir nicht in Abrede stellen, aber der in Aussicht stehende Gewinn, durch die Ueberzeugungskraft der Argumente auch solche Kreise umzustimmen, die heute noch unschlüssig sind oder auf Grund einer irrthümlichen Auffassung von den Lebensbedingungen des sozialen Körpers bei Seite stehen, wäre die Arbeit werth. Wir wünschen kein Gelegenheitsgesetz mit einer nothdürftig ausgestatteten Begründung, sondern eine den Zeitverhältnissen in jeder Beziehung auf die Dauer Rechnung tragende Vorlage. Eine Einigung der verschiedenen auseinandergehenden Meinungen, die meist im Grunde genommen alle dasselbe wollen, kann aber nur geschehen auf der sichern Grundlage einer erschöpfenden, sachlichen Verwerthung sämmtlicher vorhandenen Quellen. Deshalb also dürfen wir wohl eine neue Denkschrift erwarten.“

Diese „Mahnung“ an die Regierung hat die „Köln. Ztg.“ wohl nur deshalb ergehen lassen, weil sie als ganz sicher voraussetzt, daß die Regierung bereits mit Abfassung einer neuen Denkschrift beschäftigt ist. Daß das der Fall, ist längst kein Geheimniß. Graf Posadowsky hat zu diesem Zwecke zu neue „Erhebungen“ durch die Polizeibehörden anstellen lassen. Wenn die neue „Denkschrift“ kommt, wird die „Köln. Ztg.“ für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, die Regierung durch ihre „Mahnung“ dazu veranlaßt zu haben. Davon darf Jeder überzeugt sein, daß die neue Denkschrift „juristisch“ und „sozialpolitisch“ genau so „gewissenhaft“ bearbeitet sein wird wie die alte.

Die Flottenfrage. Eine vom offiziösen Telegraphen-Büreau verbreitete Mittheilung, daß Staatssekretär Tirpitz sich nach Baden-Baden begeben hat, um dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe Vortrag zu halten, erregt Aufsehen. Vorangegangen war demselben am Dienstag Abend ein gemeinsamer Vortrag der Staatssekretäre des Auswärtigen Amts und des Reichsmarineamts beim Kaiser in Potsdam.

Die „Deutsche Tagesztg.“ nimmt an, wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte es sich bei dieser Reise des Staatssekretärs Tirpitz „nur um den Entschluß handeln, einige Kriegsschiffe nach irgend einem Punkt zu senden, an dem ihre Gegenwart nach Lage der Sache nothwendig erscheine“.

Die Stumm'sche „Post“ aber berichtet:

„Die Reise des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Tirpitz, nach Baden-Baden zum Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe hängt offenbar mit der Flottenfrage zusammen. Daß man sich mit dieser Frage an maßgebender Stelle ernstlich beschäftigt, gehe aus den jüngsten Auslassungen der „Nordd. Allg. Zeitg.“ unzweifelhaft hervor, „fraglich erscheint nur noch, wann der Reichstag sich über eine Abänderung des Flottengesetzes schlüssig zu machen haben wird.“

Die „Post“ knüpft daran in üblicher Weise den Wunsch, daß die Entscheidung nicht auf eine spätere Reichstagssession verschoben, sondern sobald als möglich herbeigeführt wird. Man gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Konferenz in Baden-Baden, wenn auch andere Angelegenheiten vielleicht mit zur Erörterung gelangen, „vor allen Dingen die Frage betrifft, zu welchem Zeitpunkte mit der für nothwendig erachteten Vorlage zur Verstärkung der Flotte an den Reichstag herangetreten werden soll.“

In Uebereinstimmung hiermit berichtet der Berliner „Lokal-Anzeiger“: „In sonst wohl unterrichteten politischen Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß der Reichstag noch in diesem Winter in irgend einer Form mit der Flottenfrage befaßt werden soll, wenn auch vorläufig vielleicht nur in Form einer Denkschrift über den voraussichtlichen Mehrbedarf von Schlachtschiffen nach Erreichung des im Flottengesetz vorgesehen Sollbestandes.“ Es werde angenommen, daß eine Verständigung zwischen dem Kaiser und den Staatssekretären Graf Bülow und Tirpitz bereits stattgefunden hat und daß auch der Reichskanzler derselben beitreten wird.“

Desgleichen wird der „Voss. Ztg.“ zuverlässig mitgetheilt, daß die Besprechung, die der Kaiser am Dienstag Abend mit den Staatssekretären Graf Bülow und Tirpitz hatte, nicht die allgemein-politische Lage betraf und nicht veranlaßt war durch die Maßnahmen der englischen Admiralität, sondern lediglich der Flottenfrage galt. Die Hinzuziehung des Grafen Bülow zu einer Besprechung darüber erkläre sich durch den engen Zusammenhang, der zwischen unserer auswärtigen Politik, zumal der Kolonialpolitik und unserer Flottenpolitik bestehe.

Auch die „National-Zeitung“ versichert: „Es handelt sich um die Flottenfrage; Niemand kann nach den bisherigen Erörterungen bezweifeln, daß sie alsbald nach dem Wiederbeginn der Sitzungen in irgend einer Form zur Verhandlung kommen wird.“

Um Rekruten für das Zentrum in Arbeiterkreisen zu werben, hat das Zentrum den Windthorstbund gegründet. Am Dienstag hatte dieser Verein in Köln seine erste öffentliche Versammlung, in welcher die Ziele des Bundes erörtert wurden. Dabei kam es zu recht interessanten Erörterungen. Der Vorsitzende erörterte die Frage: „Hat das Zentrum Nachwuchs nöthig?“ Er beantwortete die Frage, wie folgt:

„Ohne Zweifel; die Führer bedürfen dringend der Entlastung, die Reihen der Vertrauensmänner sind stark gelichtet und müssen ergänzt werden. Nöthig ist der Nachwuchs, weil dem Zentrum im Laufe der Zeit neue Aufgaben erwachsen sind. Die Sozialdemokratie ist mächtig herangewachsen und verfügt über eine Unsumme von Intelligenz und Opferwilligkeit. Wollen wir im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unseren Mann stellen, dann müssen wir uns besonders der christlichen Arbeiter annehmen, für welche in der Sozialdemokratie kein Raum ist. Wir müssen die Arbeiter schulen, ihnen Führer geben, und zwar aus ihren eigenen Reihen. Diese Aufgabe hat sich der Windthorstbund ganz besonders gestellt und ladet deshalb namentlich die Arbeiter zum Beitritt ein.“

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bachem führte aus: „Wenn eine politische Partei groß werden, oder wenn eine große politische Partei auf der Höhe bleiben will, dann muß sie haben die Besonnenheit des Greises, die Thatkraft des Mannes, die Begeisterung der Jugend. An Bedächtigkeit fehlt es der Zentrumspartei nicht; man könnte sogar glauben, daß sie von diesem Artikel zuweilen etwas viel habe. Es fehlt auch nicht an Männern, welche die große Schule der siebziger Jahre durchgemacht haben. Ueberall, wo es gilt, sind sie zu sehen. Die Frage aber, ob die Begeisterung, wie sie vor 20 und 30 Jahren wahrnehmbar war, noch vorhanden ist, könnte ich wahrheitsgemäß nicht bejahen. Im Jahre 1873 oder 1874 stellte die Zentrumspartei bei der Reichstagswahl 27 pZt. aller Wähler, bei der vorigen Reichstagswahl nur noch 18 pZt.; die 27 pZt. stellt jetzt die Sozialdemokratie. Das giebt zu denken. Diese Zahlen allein beweisen die Nothwendigkeit des Windthorstbundes, die Nothwendigkeit, die Ziele zu verfolgen, die der Windthorstbund sich gesetzt hat. Daß die Begeisterung in der Zentrumspartei zurückgegangen ist, ist an sich nicht zu verwundern; an Bedeutung haben wir nicht eingebüßt, wir haben sogar mehr Mandate als je, und für den Hausbedarf wird heute noch das Nöthige geleistet. Aber die Alles fortreißende Begeisterung ist nicht mehr in dem Maße wie früher vorhanden. Allerdings haben auch die Zeiten sich geändert; die scharfen Kämpfe, die den letzten Mann vor die Front riefen, haben nachgelassen, die Zeiten sind bessere geworden, und ich bin weit davon entfernt, die Zeit zurückzusehnen, welche die Zentrumspartei in's Leben gerufen hat. Aber es würde schlimm um uns und die Zukunft stehen, wenn die Abnahme der Begeisterung sich dauernd bemerkbar machen, wenn die Begeisterung der Jugend uns fehlen sollte.“

Die Begeisterung ist nur da vorhanden, wo um Ideale gekämpft wird. So lange die Katholiken von der Regierung angegriffen wurden, war die Begeisterung vorhanden. Jetzt ist das Zentrum Regierungspartei, und da wird es schwer halten, die Begeisterung der Massen hervorzurufen. Die Führer des Zentrums möchten die Arbeiter hinter ihren Fahnen haben. Aber glaubt man, daß diese sich durch die Bewilligungsfreudigkeit des Herrn Lieber bei Flottenfragen oder durch die reaktionären Pläne katholischer Junker bei Agrarzöllen oder der Pfaffen bei Schulfragen begeistern? Will das Zentrum die Arbeiter organisiren, dann muß es auch für Arbeiterfragen eintreten. Würde es wirkliche Arbeiterpolitik treiben, dann würde es aber die Kapitalisten, Junker und Zünftler abstoßen. Der Kern des Zentrums setzt sich aber aus Elementen zusammen, die ihrer wirthschaftlichen Stellung nach keine Arbeiterinteressen vertreten können. Die künstlich angefachte Begeisterung wird wie ein Theaterfeuer bald verschwunden sein.

Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag die Vorlagen, betreffend a. den Entwurf von Vorschriften, betreffend die Entwerthung und Vernichtung der Marken der Invalidenversicherung, b. die Einführung des Postscheckverkehrs im Reichspostgebiete, c. die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1898 und d. einen Entwurf von weiteren Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif, den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dem Antrage des 4. und 5. Ausschusses zu der Vorlage, betreffend die Neuausgabe der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands als Eisenbahnverkehrsordnung, die Zustimmung ertheilt.

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Calbe-Aschersleben weist die „Deutsche Tageszeitung“ darauf hin, daß der frühere Abgeordnete, unser Parteigenosse Albert Schmidt, welcher durch Urtheil des Magdeburger Gerichts seines Mandats verlustig geworden, in der Stichwahl mit einer Mehrheit von nur 200 Stimmen über den nationalliberalen Gegenkandidaten Placke gesiegt hat. Das Agrarier-Organ fügt dem hinzu:

„Es ist sonach recht wohl möglich, die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen. Fast allgemein ist man der Meinung, daß dieses Ziel am besten erreicht werden könne, wenn man sich von Anfang an über die Person eines gemeinsamen Kandidaten einige. Als solcher gemeinsame Kandidat wird wiederum der frühere nationalliberale Abgeordnete Placke genannt. Besondere Beschlüsse sind von den in Betracht kommenden Parteien noch nicht gefaßt worden. Uns sind allerdings Zweifel geäußert worden, ob Herr Placke der geeignete Kandidat sei, auf den sich alle Stimmen vereinigen könnten. Wir geben diese Zweifel wieder, ohne uns mit ihnen zu identifiziren. Jedenfalls wird man bei der Aufstellung des Kandidaten mit besonderer Vorsicht und Umsicht vorgehen müssen, um nicht den Erfolg von vornherein zu gefährden. Aus diesem Grunde halten wir es für bedauerlich, daß die deutsch-soziale Reformpartei, wie es scheint, schon jetzt mit einem eigenen Kandidaten vorgehen will. Es wird aus dem Kreise berichtet, daß sie damit umgehe den Grafen Reventlow auf Wulfshagen aufzustellen. Hoffentlich ist dieser Plan noch nicht endgültig festgestellt, so daß eine Einigung, die auch wir dringend wünschen, noch möglich ist.“

Unsere Hoffnung geht dahin, daß die Gegner, mögen sie sich vereinigen oder nicht, geschlagen werden.

Für die Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt, die durch den Tod des bisherigen Abgeordneten Spies erforderlich geworden ist und am 12. November vollzogen wird, stellten unsere Genossen den Gemeinderath Brustewitz (Straßburg) als Kandidaten auf.

Unter den schwäbischen Volksparteilern, die bei der letzten Reichstagswahl recht ungünstig abgeschnitten haben, herrscht große Freude. Bei der Landtagsnachwahl in Crailsheim wurden abgegeben für den Kandidaten der Volkspartei Hermann 1162, für den Bauernbündler Berroth 1142 und den Deutschparteiler (NL.) Dr. Wacker 745 Stimmen. Auf die ultramontane Zählkandidatur Grödter fielen 275, auf den Sozialdemokraten Kloß 65 Stimmen. Ein kleiner Ort steht noch aus, der an dem Resultate — Stichwahl zwischen Volksparteiler und Bauernbündler — nichts ändert. Der Kandidat der Volkspartei, die dort zum ersten Male in die Wahl eintrat, hat also die höchste Stimmenzahl erhalten. Die deutsche Partei, die den Wahlkreis 23 Jahre in unbestrittenem Besitze hatte (es wurden gegen den Stadtschultheiß Sachs ernste Gegenkandidaten überhaupt nicht aufgestellt), ist nicht einmal in die Stichwahl gekommen. Ein großer Theil ihrer Angehörigen ist offenbar in's bauernbündlerische Lager übergegangen.

Die Freude der Volksparteiler ist also gerechtfertigt. Sie dürfte jedoch einige Trübung erfahren durch die heute (Freitag) stattfindende Reichstagsersatzwahl in Eßlingen, wo 1898 der Volksparteiler Brodbeck zu Unrecht durch das Loos in die Stichwahl gebracht und gewählt wurde. Wir hoffen, daß der Sieg diesmal unserem Genossen zufallen wird.

**Die Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte